JUSOS
BAYERN

HEAR THE PEOPLE'S VOICE!

Grundlagen der JUSOS Bayern

#SOZIALISMUS KOMMT

Vorwort

Die Jusos Bayern sind etwa 7800 Menschen zwischen 14 und 35 Jahren, die als SPD-Mitglieder automatisch Jusos sind oder sich dazu entschieden haben, nur bei den Jusos mitzuarbeiten und so eine reine Juso-Mitgliedschaft haben. Wir Jusos sind ein sozialistischer, internationalistischer und feministischer Richtungsverband innerhalb der SPD und pflegen ein kritisch-solidarisches Verhältnis zur Mutterpartei.

Sozialistisch, internationalistisch, feministisch

Als Jungsozialist*innen ist unser Ziel eine Gesellschaft der "Freien und Gleichen", die demokratisch, gerecht und solidarisch über ihr Leben bestimmen können. Eine Gesellschaft, in der alle haben, was sie brauchen und geben, was sie können, wo jeder Mensch sein kann wie er möchte und die Unterstützung anderer selbstverständlich ist. Da sich der Kapitalismus aber an einem freien Markt orientiert und der zentrale Baustein dessen Konkurrenz ist, sehen wir ein Erreichen unseres Ziels nicht im bestehenden System. Für uns ist das Ziel der demokratische Sozialismus, in dem eine solche Gesellschaft möglich ist.

Der Arbeiter*innenbewegung, deren Teil wir sind, war schon immer klar, dass eine gerechte, freie und solidarische Gesellschaft nur erreicht werden kann, wenn nationale Grenzen in unserem Denken und Handeln überwunden werden. Es darf nicht sein, dass der Wohlstand einer Region auf der Ausbeutung von Natur und Menschen einer anderen beruht. Um weltweit Armut, Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg oder den Klimawandel aufzuhalten, arbeiten wir mit Jungsozialist*innen und befreundeten Organisationen auf der ganzen Welt zusammen.

"Ein Sozialist ist ein Feminist oder kein Sozialist" merkte August Bebel schon 1879 an. Dies zeigt auf, dass schon in den Anfängen der Sozialdemokratie erkannt wurde, dass der Kampf um eine freie und gleiche Gesellschaft nicht ohne den Kampf um die Gleichberechtigung aller Geschlechter erfolgreich sein kann. Aus dieser Konsequenz sehen wir den Feminismus als einen unserer Grundwerte und richten unser Handeln auf allen Ebenen danach.

Kritische Solidarität

Wir sind nicht nur Parteijugend sondern haben als eigenständiger Richtungsverband eine eigene Meinung, die wir auch einbringen. Unser Verhältnis zur SPD sehen wir deshalb als kritisch-solidarisch. Wir setzen uns politisch stark mit dem Handeln und den Inhalten der SPD auseinander und wollen auf Parteitagen auf lokaler, landes- und bundespolitischer Ebene in sie hineinwirken. Dies führt oft auch zu Kritik an dem Kurs der SPD. Allerdings sind wir ebenso solidarisch mit unserer Mutterpartei und wollen für und um die SPD kämpfen. Für uns ist klar, dass es eine linke, progressive Politik in Deutschland nur mit der SPD geben kann.

Doppelstrategie

Wir wollen aktiv die Gesellschaft und den Staat verändern, weswegen sich unser Engagement nicht nur innerhalb der Parteigrenzen bewegt. Viele unserer Mitglieder engagieren sich parallel zur SPD auch in der Zivilgesellschaft, den Gewerkschaften, Verbänden und Organisationen und verankern so unsere politischen Ziele auch in der Gesellschaft. Wir Jusos sind Teil diverser Bündnisse und arbeiten mit befreundeten Organisationen vor Ort und Bundesweit zusammen, sind Teil verschiedener Demonstrationen oder politischer Aktionen.
Wofür wir stehen:

UNSERE GRUNDLAGEN

Gleichstellung

Als feministischer Richtungsverband ist bei uns die Gleichberechtigung aller Geschlechter kein Randthema, sondern wird an jeder Stelle in der inhaltlichen, strukturellen Arbeit und in unserer Sprache miteinbezogen. Trotz einiger gesellschaftlicher Errungenschaften in den letzten Jahrzehnten erleben wir aktuell eher einen Rückschritt in der Gleichberechtigung. Der Frauenanteil in den Parlamenten sinkt, das Bild der Frau als Gebärerin und Umsorgerin rückt nicht zuletzt durch das Erstarken der Rechten wieder in die Mitte der Gesellschaft. Je stärker die feministischen Bewegungen werden, umso stärker ist der Widerstand.

Die Konsequenzen, die aus der #metoo Debatte gezogen wurden, zeigen erschreckenderweise auf, wie sehr die Verteilung der Macht noch bei den Männern liegt und es eine strukturelle Diskriminierung von Frauen gibt. In diesem Zusammenhang muss auch klar sein, dass es keine feministische Analyse ohne Kapitalismuskritik geben kann. Das Patriarchat nutzt die Mechanismen des Kapitalismus, um die Ausbeutung der Frau zu festigen. Dies sieht man unter anderem daran, dass in weiblich dominierten Berufen häufiger Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten als in männlich dominierten Berufen. Ebenso arbeitet ein Großteil der Frauen immer noch in Teilzeit und auch unbezahlte Arbeiten werden zusätzlich zu ihrer beruflichen Verpflichtung überwiegend von Frauen übernommen.

Wir müssen dafür sorgen, dass das Bewusstsein für diese Schieflage in unserer Gesellschaft gestärkt wird und den Menschen Werkzeuge an die Hand geben, mit denen eine Geschlechtergerechtigkeit geschaffen werden kann. Hierzu zählt auch die Abschaffung der Paragraphen 218 und 219 StGB, die eine Selbstbestimmung über den eigenen Körper erst möglich macht.

Des Weiteren ist uns bewusst, dass auch die binäre Geschlechtereinteilung von Menschen ein von der Gesellschaft gemachtes Konstrukt ist und hierdurch alle Menschen diskriminiert werden, die sich nicht in dem binären System wiederfinden. Das Ziel muss sein alle gesellschaftlichen Strukturen abzuschaffen, die eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zulassen, gar fördern.

Arbeit und Ausbildung

Seit unseren Anfängen sind wir Jusos Teil der Arbeiter*innenbewegung und kämpfen gemeinsam mit unseren Verbündeten für eine bessere, gerechtere Arbeitswelt und die Überwindung des Widerspruchs, der zwischen Arbeit und Kapital herrscht. Dabei sind unsere wichtigsten Bündnispartner*innen in diesem Bereich die Gewerkschaften.

Die stetige Veränderung der Arbeitswelt stellt uns vor große Herausforderungen, bietet aber auch Möglichkeiten. Es liegt an uns, die Chancen zu nutzen, die uns die offenen Diskussionen um Ausbildung, Arbeitszeit, Flexibilisierung der Arbeit und des Arbeitsortes bieten und darauf hinzuwirken, Arbeit und berufliche Bildung gerecht zu gestalten. Mit der Mindestausbildungsvergütung, für welche wir viele Jahre gemeinsam mit der Gewerkschaftsjugend gekämpft haben, erreichten wir einen Meilenstein. Das Ziel muss aber sein, berufliche Bildung, egal ob im Betrieb, in der Fachschule oder im dualen Studium, zu dem zu machen, was sie sein soll – eine Zeit des Lernens. Menschen in Ausbildung müssen die Möglichkeit bekommen, sorglos in eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu gehen und sich zu Fachkräften ausbilden zu lassen. Wir brauchen deshalb neben einer Mindestausbildungsvergütung auch kostenfreie Lehrmittel, moderne Ausstattung der Berufs- und Fachschulen, gut qualifizierte Ausbilder*innen und letztendlich auch eine Übernahmegarantie im Ausbildungsbetrieb.

Die Anzahl der Betriebe, die nicht ausbilden, steigt. Diese Betriebe profitieren aber von den in anderen Betrieben ausgebildeten Fachkräften, weswegen auch diese sich an den Kosten beteiligen müssen. Aus diesem Grund sind wir für eine Ausbildungsumlage. Das bedeutet, dass nicht ausbildende Betriebe in einen Topf einzahlen, mit dem ausbildende Betriebe unterstützt werden.

Die Demokratisierung aller Lebensbereiche schließt die Arbeitswelt nicht aus. Neue Beschäftigungsformen oder dezentrales Arbeiten stellen uns vor die Aufgabe, betriebliche Mitbestimmung weiter- und umzudenken. Ebenso ist eine Ausweitung der Mitbestimmung auf wirtschaftliche Entscheidungen des Unternehmens und die Stärkung von internationalen Interessenvertretungen, zum Beispiel den europäischen Betriebsräten, für uns unerlässlich. Am Ende muss dieser Prozess dazu führen die Organisation des Unternehmens in die Hände der Beschäftigten zu geben.

Finanzen und Steuern

Auf dem Weg hin zum demokratischen Sozialismus muss im großen Maßstab umverteilt werden. Denn im Kapitalismus determiniert Kapital Macht, Sicherheit und Möglichkeiten. Unser Anspruch muss es sein, diese Werte gleich zu verteilen. Zur Umverteilung von Vermögen ist die Steuer- und Wirtschaftspolitik unser Hebel. In den letzten 20 Jahren war die Steuerpolitik allerdings vor allem eine Umverteilung von Unten nach Oben. Der Spitzensteuersatz wurde gesenkt, genauso wie die Unternehmenssteuer. Die Mehrwertsteuer dagegen wurde erhöht und entfaltete eine regressive Wirkung, was bedeutet, dass untere Einkommensschichten einen höheren Prozentsatz ihres Einkommens für diese Steuer aufwenden müssen als obere Einkommensschichten. Zudem bevorteilt unser Steuersystem Kapitaleinkommen im Gegensatz zu Arbeitseinkommen. Ersteres wird vor allem von reichen Menschen erwirtschaftet. Durch die Deckelung der Sozialbeiträge sinkt die Abgabenlast bei hohen Einkommen.

Daher fordern wir für Deutschland und alle Länder der EU progressive Vermögenssteuern und Erbschaftssteuern, Einkommenssteuern mit hohem Freibetrag um untere Einkommensschichten zu entlasten und mit einem später beginnenden Spitzensteuersatz von bis zu 60%, sowie eine Mehrwertsteuer, von der für das Leben grundlegend notwendige Produkte befreit sind und mit der Luxusprodukte stärker besteuert werden als jetzt, sowie eine europaweite Finanztransaktionssteuer.
Wir fordern außerdem ein Umdenken bei der staatlichen Investitionspolitik und eine Abkehr von der schwarzen Null. Jetzt ist die Zeit, in der die Weichen für unsere Zukunft und die nachfolgender Generationen gestellt werden. Jetzt braucht es massive Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Nachhaltigkeit. Die Investitionen welche für den öffentlichen Personen- und den Güterverkehr, für Schulen, Hochschulen und Ausbildung und für erneuerbare Energien getätigt werden müssen, übersteigen bei weitem die Möglichkeiten, welche wir mit der aktuellen Investitionsbremse der schwarzen Null haben. Diese zusätzlichen Staatsschulden sind nicht, wie populistisch gern behauptet wird, eine Last für nachfolgende Generationen, sondern stellen im Gegenteil sicher, dass es nachfolgende Generationen nicht schlechter haben werden als wir. Sie sollen nämlich ausschließlich in Projekte fließen, welche eine lebenswerte Zukunft sicherstellen. Marode Bildung und nicht aufzuhaltender Klimawandel würden zukünftigen Generationen bei weitem teurer kommen.

Sozialstaat

Seit den 1980er Jahren wird der Sozialstaat weltweit ausgehöhlt, so auch in Deutschland unter den Regierungen von Helmut Kohl, auch unter Schröder und unter Merkel: Der Kündigungsschutz wurde beschnitten, Leih- und Zeitarbeit ermöglicht, öffentliche Betriebe der Daseinsvorsorge wie Post und Bahn privatisiert, die Kommunen als Hauptträger*innen öffentlicher Daseinsvorsorge finanziell ausgeblutet, soziale Absicherung durch die Hartz-Reformen verschlechtert, effektive Lohnkürzungen nicht nur bei den Privaten sondern auch im öffentlichen Sektor durchgeführt, längere Arbeitszeiten umgesetzt, durch die Rente mit 67 eine reale Rentenkürzung eingesetzt, und Vieles mehr! Das ist keine Politik, wie wir Jusos sie wollen. Wir fordern einen umfassenden Ausbau des Sozialstaates.

Es ist Aufgabe des Staates, durch soziale Sicherungssysteme alle Menschen gegen Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Armut und reduzierter Erwerbsfähigkeit (aufgrund des Alters oder von Unfällen) durch Transferleistungen, Versicherungsleistungen und öffentliche Dienstleistungen abzusichern. Darüber hinaus muss der Sozialstaat eine Umverteilungsfunktion haben, um für mehr Gleichheit zwischen den sozialen Klassen zu sorgen.

Wir Jusos haben mit vielen Teilen der Hartz-Reformen Probleme und wollen einige entscheidende Punkte verändern: Eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeld I, eine Erhöhung des Regelsatzes für das Arbeitslosengeld II, die das soziokulturelle Existenzminimum absichert und sich am wirklichen Bedarf orientiert, die Einschränkung der „Schnüffelpraxis“ der Jobcenter, die gerade junge Menschen besonders betrifft, sowie die Abschaffung der Sanktionen gegenüber Leistungsempfänger*innen sind erste Schritte hin zu einer sozialdemokratischen Politik, die das Ziel hat, Hartz IV abzuschaffen und durch eine Arbeitsversicherung zu ersetzen. Grundsätzlich sehen wir Arbeitslosigkeit als gesellschaftliches Problem, das nicht auf die Betroffenen individualisiert und abgeschoben werden darf.

Wir Jusos stehen außerdem für das Konzept der Bürger*innenversicherung. Diese beinhaltet die Überführung der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung in eine solidarische Bürger*innenversicherung, in der sich alle Bürger*innen nach ihrer Leistungsfähigkeit an der solidarischen Finanzierung beteiligen. Dazu sind alle Einkommensarten - auch Einkommen aus Aktiengewinnen, Dividenden etc. - zur Finanzierung heranzuziehen, und es besteht eine Versicherungspflicht.

Die Rente mit 67 ist ein sozial- und beschäftigungspolitischer Fehler. Sie ist darüber hinaus eine faktische Rentenkürzung, da Menschen zum Teil dennoch eher in Rente gehen und diese in der Konsequenz drastisch gekürzt wird. Wir wollen im Gegensatz zu den bisherigen Privatisierungstendenzen eine Stärkung des öffentlichen Rentensystems, mit dem Ziel, die Rentner*innen regelmäßig am steigenden Wohlstand zu beteiligen. Hierzu wollen wir die Beitragsbemessungsgrenze abschaffen, alle Einkommensarten zur Finanzierung einfließen lassen, den Betrag, der ausbezahlt wird, jedoch auf ein Maximum festlegen, sodass Spitzenverdiener*innen sich solidarisch an der Aufstockung der Rente von Geringverdiener*innen beteiligen müssen.

Wohnen

Zur Lösung des Wohnungsproblems wird zuerst der Ruf nach mehr Neubau laut. Damit neu geschaffener Wohnraum bezahlbar wird, müssen die finanziellen Wohnraumförderprogramme aufgestockt und die sogenannte „Preisbindung“, welche die Miete einer Wohnung an gewisse Preishöhen bindet, zeitlich unbefristet gelten. Sonst fallen mehr Wohnungen aus der Bindung, als neue gebaut werden können. Bei den Neubauflächen ist auf eine gute Durchmischung zu achten, neben großen und kleinen Wohnungen sollen insbesondere auch Studierenden- oder Azubiwohnen und barrierefreie Wohnungen gebaut werden.

Neben dem Neubau muss vor allem aber der Bestand genutzt und geschützt werden, beispielsweise durch Angebote zum Wohnungstausch ohne Mieterhöhung, oder der Verschärfung von Regelungen gegen Zweckentfremdung von Wohnraum durch Büronutzung und Vermietungsportale wie Airbnb. Die Mietpreisbremse, die seit August 2019 nun auch in Bayern gilt, muss weiter nachgeschärft werden, indem künftig alle Bestandsmieten erhoben werden, sowohl zeitlich und einschließlich der günstigeren sozial geförderten Wohnungen; außerdem muss sie flächendeckend gelten. Milieuschutzsatzungen, die Mieter*innen vor überflüssigen Luxussanierungen schützen, müssen verschärft und Institute wie das gemeindliche Vorkaufsrecht ausgeweitet werden. Wir befürworten die Rekommunalisierung von Wohnungsunternehmen nach Art. 15 des Grundgesetzes.

Doch weder Neubau noch der Schutz bestehender Mietverhältnisse kann das Wohnungsproblem lösen, wenn sich nicht die zugrunde liegenden Umstände verändern. Durch den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge in Stadt und Land kann der Druck auf den städtischen Wohnraum genommen werden. Grund und Boden darf nicht Gegenstand von Investment und Spekulationen sein. Durch die Grundsteuer C muss den Gemeinden ermöglicht werden, spekulativen Leerstand zu bekämpfen. Außerdem muss die Grundsteuer hin zu einer Bodenwertsteuer reformiert werden, die den Wertzuwachs von Immobilien als attraktiver Geldanlage, geschaffen durch gemeindliche Infrastruktur, berücksichtigt. Da dieser Wertzuwachs unmittelbar den Eigentümer*innen zugute kommt, darf die Grundsteuer auch nicht durch die Mieter*innen bezahlt werden. Außerdem darf Wohnraum als elementares menschliches Grundbedürfnis nicht Objekt der Gewinninteressen Einzelner sein.

Gesundheit

Als sozialistischer Richtungsverband stehen wir für eine Politik frei von kapitalistischen Zwängen. Gerade im Bereich der Gesundheitspolitik wird den Menschen aus rein marktideologischem Interesse eine Gesundheitsversorgung zur Steigerung der Produktivität zugestanden. Diese Form der Politik ist in unseren Augen eine der unmenschlichsten Ausprägungen kapitalistischer Logik. Gesundheitspolitik muss als qualitativ hochwertige und frei von ökonomischen Zwängen existierende Daseinsvorsorge für alle Menschen begriffen werden. Dies kann nur von öffentlichen oder gemeinnützigen Träger*innen nach solidarischen Prinzip geleistet werden. Privatisierungen im Gesundheitssektor gehen zu Lasten der Patient*innen und stehen in keinem Verhältnis zu einem menschenwürdigen, solidarischen Umgang innerhalb unserer Gesellschaft. Aus diesem Grund müssen jegliche Privatisierungen von Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen gestoppt und wieder in die öffentliche Hand zurückgeführt werden.

Das durch die kapitalistische Marktlogik entstandene Zweiklassensystem aus privaten und gesetzlich Versicherten und die daraus resultierenden Missstände sind eklatant: Die Versorgungsqualität und – geschwindigkeit hängt vom jeweiligen Versicherungsstatus und nicht der Dringlichkeit der Behandlung ab. Die marktähnlich organisierte Kranken- und Pflegeversorgung muss so reguliert werden, dass die begrenzten Mittel zum Wohle der Menschen und nicht zur Renditegewinnung privater Unternehmen eingesetzt werden. Der Wettbewerb zwischen unterschiedlichen gesetzlichen Krankenkassen führt dazu, dass nicht mehr die Versorgungsqualität, sondern vielmehr das Drücken von Kosten im Vordergrund steht. Genau aus diesen Gründen muss es deshalb unsere Aufgabe sein, eine langfristig ökonomisch tragbare Versorgung ohne künstlich konstruierte Konkurrenz zu verwirklichen. Deshalb fordern wir die solidarischen Einheitskrankenkasse. Dabei muss zu einem bedarfsdeckenden Leistungskatalog im fünften Sozialgesetzbuch zurückgekehrt werden, der beständig aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen angepasst wird.

Darüber hinaus muss die Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung ausgebaut werden, die bedarfsdeckende Leistungen für alle Menschen absichert. Wer im Alter aufgrund von Krankheit oder eines Unfalls pflegebedürftig wird, muss den Anspruch auf eine menschenwürdige und abgesicherte Pflege haben.

Das gegenwärtige neoliberale Paradigma, kranke Menschen entsprechend der Marktlogik als nicht produktiv anzusehen, ist aus unserer jungsozialistischen Sicht klar zu verurteilen. Menschen dürfen unter keinen Umständen den Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe verlieren: Krankheit darf nicht arm machen, und Armut darf nicht weiter krank machen. Es ist unsere Aufgabe diesen Teufelskreis zu beenden: Wir brauchen eine Gesundheitspolitik im Sinne der Menschen, nicht der Konzerne!

Antifa

Wir Jusos Bayern verstehen uns als antifaschistischer Richtungsverband. Der Kampf gegen Faschismus und Rechtsextremismus ist Teil unserer politischen Identität und nimmt einen zentralen Platz in unserer inhaltlichen Arbeit ein. Für uns ist Antifaschismus eine universelle, aber auch aus der deutschen Geschichte heraus eine besondere Verantwortung. Mit Erschrecken müssen wir feststellen, dass sich menschenfeindliche Ansichten wieder stärker in die politische Kultur dieser Gesellschaft fressen. Rechtes und faschistisches Gedankengut sind jedoch keine neuen Erscheinungen der vergangenen Jahre, sondern ziehen sich durch die Geschichte. Die Arbeiter*innenbewegung und in ihr die Sozialdemokratie sind seit jeher und werden immer ein glaubhaftes Bollwerk gegen solche Entwicklungen sein. Wir verstehen es als unsere Aufgabe als Jusos, dies immer wieder in Erinnerung zu rufen.
Wir befinden uns im ständigen Austausch mit antifaschistischen Bündnissen, unterstützen Projekte und Initiativen in der Erinnerungs- und Gedenkarbeit und versuchen Informationen über rechte Strukturen und Netzwerke in Bayern aufzudecken.
Bei unserer praktischen Arbeit gegen Rechtsextremismus engagieren wir uns in breiten zivilgesellschaftlichen Bündnissen und beteiligen uns an der Organisation und Durchführung von Demonstrationen gegen rechte Aufmärsche.
Antifaschismus ist für uns wesentlich mehr als nur einer von vielen Themenbereichen, die wir bearbeiten. Antifaschismus bedeutet für uns den Kampf gegen reaktionäre und menschenverachtende Ideologien und ist ganz konkrete politische Praxis. Antifaschismus ist für uns als Sozialist*innen die logische Konsequenz aus den historischen Erfahrungen sowie aus unseren solidarischen Überzeugungen. Unsere Solidarität gilt allen Menschen. Gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen wollen wir eine starke Front gegen rechte Hetze in Politik und Gesellschaft bilden. Wir Jusos kämpfen gegen Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus. Unabhängig davon, ob diese Phänomene durch gewalttätige Übergriffe, feindliche Stimmungsmache oder unterschwellige Ressentiments ausgedrückt werden.

Innenpolitik und Sicherheit

Wir Jusos Bayern setzen uns dafür ein, dass jede*r in Sicherheit leben kann. Es ist allerdings niemandem geholfen, wenn der Preis der Sicherheit vor Straftaten die Aufgabe der Freiheit bedeutet.

Deshalb nehmen wir jeden Eingriff in die Freiheit der Bürger*innen kritisch unter die Lupe. Diese Eingriffe werden leider immer mehr. Das Bedürfnis der Bevölkerung nach Sicherheit im Nachgang von Terroranschlägen und spektakulären Verbrechen wurde wiederholt dazu missbraucht, immer tiefgreifender in die Freiheitsrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die Überwachung des Öffentlichen Raums und das massenhafte Sammeln und Speichern von Telekommunikationsdaten wurden ausgeweitet. In Bayern ist es soweit gekommen, dass die CSU die Überwachung und das Einsperren einzelner Personen durch die Sicherheitsbehörden auch dann ermöglicht, wenn ihnen keine konkreten Verbrechen, nicht einmal die Planung solcher, vorgeworfen wird. Diesen Entwicklungen treten die Jusos Bayern entschieden entgegen. Es hat sich gezeigt, dass sich die meisten Verbrechen nicht durch mehr Überwachung verhindern lassen und die Ausweitung von Überwachung häufig eben nicht zu mehr Sicherheit führt.

Wir treten nicht nur der zunehmenden Überwachung, sondern auch der pauschalen Ausweitung von Strafen entgegen. Repression ist für uns nicht die Lösung für die Probleme der Sicherheit. Wir bleiben aber nicht bei der bloßen Ablehnung der Ausweitung von Repression, sondern wollen eine eigene, linke Sicherheitspolitik prägen. Wir glauben an den Rechtsstaat und wollen das Vertrauen in seine Institutionen wiederherstellen. Deshalb setzen wir uns für unabhängige Kontrollinstanzen für alle Sicherheitsbehörden (inklusive der Polizei) ein und bauen den Sozialstaat aus. Die aktuellen Strukturen und unkontrollierbaren Befugnisse des Verfassungsschutzes sehen wir als nicht zielführend, weswegen wir für die Abschaffung des Verfassungsschutzes in der bestehenden Form einstehen. Unsere Sicherheitspolitik baut nicht auf Repression auf, sondern setzt auf Prävention. Viele Straftaten sind traurige Symptome einer zu geringen sozialen Sicherheit. Denn überall dort, wo Menschen frei von Diskriminierung und Stigmatisierung leben können, wo sie keine Zukunftsängste haben und wo sie auf den Rechtsstaat vertrauen können, sinkt die Kriminalität stärker als es durch jede Form der Repression möglich wäre.

Internat

Wir Jusos sind ein internationaler Richtungsverband. Unser Kampf für eine Gesellschaft der Freiheit und Gleichheit ist nicht auf eine Nation oder einen Kontinent beschränkt, sondern gilt gleichermaßen weltweit. Gesellschaften sind nur international denkbar und müssen sich auf der gemeinsamen Grundlage von allgemeinen Menschenrechten, Meinungsfreiheit und dem Schutz von Minderheiten herausbilden. Voraussetzung für deren Einhaltung ist eine Welt, die in Frieden existieren kann.

Demokratie ist für uns die Grundvoraussetzung für Frieden, weshalb wir nicht die Augen verschließen können vor Regimen, denen Menschenrechte ein Dorn im Auge sind und die Grundrechte mit Füßen treten. Unsere Aufgabe ist es, diese Menschen zu schützen und sich ihnen gegenüber solidarisch zu zeigen. Europas wirtschaftliche Macht muss genutzt werden, um die Einhaltung der Menschenrechte aktiv durchzusetzen und sich durch eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik als echte Friedensmacht etablieren. Das übergeordnete Ziel muss sein, auf eine weltweite koordinierte Abrüstungspolitik hinzuwirken und dabei auf europäischer Ebene mit gutem Beispiel voran zu gehen. Europa darf nicht nur ein Verbund einzelner souveräner Staaten sein, sondern muss zukünftig auf noch mehr Ebenen zusammenarbeiten. Unser Ziel sind die Vereinigten Staaten von Europa, in denen es keine Grenzen und keine sozialen Unterschiede gibt und die wirtschaftlich und politisch gemeinsam nach außen auftreten.

Wir lehnen Gewalt, Waffenlieferungen und militärische Konflikte jeglicher Art ab. Sie sind für uns das letzte Mittel, wenn alle diplomatischen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Wir versuchen, jedem Konflikt zuerst friedlich zu begegnen. Insbesondere der Frieden im Nahen Osten ist aufgrund unseres geschichtlichen Hintergrundes ein Ziel, das wir seit mehr als 20 Jahren intensiv verfolgen und hier Austausche und Partnerschaften pflegen.

Das Patriarchat unterdrückt Menschen auf der ganzen Erde. Dabei finden sich Feminist*innen in unterschiedlichen Regionen der Welt in verschiedenen Ausgangssituationen wieder, die wir berücksichtigen müssen, wenngleich der Kampf gegen das Erstarken der Nationalismen und des organisierten Sexismus uns alle eint. Universell gilt jedoch, dass wir Europäer*innen anstelle der aktuellen „Entwicklungspolitik“ dort strukturell und finanziell unterstützen müssen, wo Frauen, Nicht-Binäre, Inter- und Trans*menschen auf der ganzen Welt ihre Befreiungskämpfe führen. Feminismus ist in der immer noch männlich dominierten Diplomat*innen-Welt nicht nur ein Querschnittsthema, sondern eine eigene Säule unserer internationalen Arbeit.

Migration und Integration

Wir Jusos kämpfen für ein solidarisches und vereintes Europa ohne Grenzen. Die Geschichte der Menschheit ist von Migration geprägt – das Ganze ist kein modernes Phänomen, denn es gab schon immer Migration egal ob aufgrund von Vertreibung, Krieg oder auch aus rein ökonomischen Gründen. Für uns steht deswegen fest, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft dort leben sollen, wo sie möchten. Wir lehnen das Nützlichkeitsprinzip von Menschen wie zum Beispiel ein Einwanderungssystem basierend auf Punkten ab. Freie Migration muss für alle gewährleistet werden, nicht nur für eine exklusive privilegierte Gruppe.

Wir müssen insbesondere Solidarität gegenüber den Geflüchteten zeigen, die auf ihrer Flucht, insbesondere bei der Überquerung des Mittelmeeres immenser Lebensgefahr ausgesetzt sind. Daher wollen wir die europäische Grenzschutzorganisation FRONTEX unverzüglich abschaffen und stattdessen eine europäische Seenotmission schaffen und mit ausreichend finanziellen Mitteln ausstatten. Auch braucht es eine Entkriminalisierung der Seenotrettung. Humanitäre Hilfe ist kein Verbrechen!

Um humanitäre Krisen zu verhindern, setzen wir uns auch für eine ernsthafte Bekämpfung von Fluchtursachen ein. Dazu gehört ein Stopp aller Waffenexporte, aber auch neue Konzepte unserer Handelspolitik. Statt Freihandel und Zusammenarbeit mit autokratischen Regierungen fordern wir nachhaltigen Handel, der auch an demokratische Werte gebunden ist. Zudem müssen Kooperationen (wie z.B. mit der Türkei), bei denen die Länder Flüchtlinge daran hindern, in die EU einzureisen, und dafür Zahlungen erhalten, umgehend gestoppt und künftig verhindert werden.

Eine gute Migrationspolitik bedeutet für uns auch, die Teilhabe und kulturelle Vielfalt in Deutschland zu stärken. Dazu müssen Programme geschaffen werden, die die Repräsentation von Minderheiten zum Beispiel auf Staatsebene fördern, die weitreichende Rechte zum Schutz vor Diskriminierung in der Arbeitswelt, auf dem Wohnmarkt und in anderen Teilen der Gesellschaft garantieren und eine gleichberechtigte Teilhabe für alle ermöglichen. Konzepte wie die Leitkultur oder Assimilation lehnen wir ab – Menschen sind von verschiedenen Kulturen geprägt und Identität kann komplex und mehrschichtig sein. Um dazugehören zu können, muss die eigene Identität nicht aufgegeben werden. Deutschland ist ein Einwanderungsland und deswegen treten wir dafür ein, dass dieser Prämisse auch Taten folgen.

Bildung

“Bildung für alle” ist eine der Kernforderungen der Jusos Bayern. Wir wollen, dass Schüler*innen in der Schule so gebildet werden, dass sie als mündige Bürger*innen ihren Platz in der (digitalen) Gesellschaft finden und das Leben führen, das sie führen wollen. Sie sollen dazu angehalten werden, sich aktiv mit ihrer Umgebung auseinanderzusetzen, sich einzubringen und ihre Interessen zu vertreten.
Leider ist unser Bildungssystem alles andere als gerecht. Welchen Bildungsabschluss ein Kind erreichen kann, hängt in hohem Maße vom Bildungsstand der Eltern ab. Das liegt auch am bayerischen Schulsystem. Nach der vierten Klasse werden Kinder in gut, mittel und schlecht unterteilt. Es wird davon ausgegangen, dass so homogene Leistungsgruppen geschaffen werden. Dabei handelt es sich um einen Irrglauben. In diesem Alter eine Aussage darüber zu treffen, wie Kinder sich weiter entwickeln werden, ist nicht möglich. Kaum jemand zeigt in allen Fächern die gleichen Leistungen. Und selbst zwei oder drei Kinder zu finden, die genau gleich gut und damit „leistungshomogen“ sind, ist unwahrscheinlich.
Wir Jusos stehen für eine gemeinsame Schule für alle. Wir wollen das dreigliedrige Schulsystem überwinden und eine inklusive Schule schaffen, in der alle Bildungsabschlüsse erreicht werden können. Dabei sollen Schüler*innen individualisiert unterrichtet werden, damit die Stärken und Schwächen jeder*jedes Einzelnen anerkannt und gefördert werden können. Diese Ziele können in unseren Augen nur mit Konzepten erreicht, die auf einen schulischen Ganztag ausgelegt sind und in denen Unterricht und Freizeit sich abwechseln. Darüber hinaus soll ein Fokus auf das soziale Lernen gesetzt werden, denn Bildung ist sehr viel mehr als reine Wissensvermittlung.
Mit dem Schulabschluss hört Bildung für uns bei weitem nicht auf. „Lebenslanges Lernen“ sehen wir als Versprechen an die Menschen, so lange und zu viel lernen zu können wie man möchte. Dafür fordern wir, dass es in Bayern endlich die Möglichkeit für Arbeitnehmer*innen gibt, Bildungsurlaub zu nehmen und sich unabhängig von dem*der Arbeitgeber*in fortzubilden.
Wir stellen uns strikt dagegen, dass Bildung vor allem der Verwertbarkeit der Lernenden für den Arbeitsmarkt gilt. Vielmehr soll der Mensch im Mittelpunkt stehen, und sich mit Hilfe von Bildung so entwickeln, wie er möchte.

Stadt/Land/Kommunales

Wir Jusos machen Politik, um Lebenswirklichkeiten von Menschen zu gestalten. Unser Ziel ist eine gerechten Gesellschaft. Wir kämpfen gegen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten. Hierzu gehört auch das strukturelle Gefälle zwischen Stadt und Land, zwischen "guten" und "schlechten" Stadtvierteln. Das Mittel unserer Wahl? Jungsozialistische Kommunalpolitik.

Öffentliche Plätze und Gebäude sind Begegnungsorte für die Menschen einer Stadt- beziehungsweise Gemeindegesellschaft unabhängig ihrer Herkunft oder Klassenzugehörigkeit. Dennoch erleben wir vermehrt die Verdrängung von “unerwünschten” Personengruppen aus dem öffentlichen Raum, seien es Menschen mit Suchterkrankungen oder auch junge Menschen, die diesen nutzen. Für uns ist klar: Eine attraktive Kommune kann nur dann entstehen, wenn jede*r einen Platz darin hat und gehört wird. Deshalb sind für uns geeignete Jugendpartizipationsmöglichkeiten unverzichtbar. Sei es durch einen Jugendbeirat, ein Jugendparlament oder andere, projektbezogene Zusammenschlüsse junger Menschen für uns ist eines klar: damit dies keinen Scheinbeteiligung ist, benötigen diese Gremien konkrete (Geld-)Mittel zur Umsetzung ihrer Ideen.

Gerade größere Gemeinden und Städte sind meist vielschichtig. Jungsozialistische Kommunalpolitik erkennt dies an und fördert diese Realitäten durch quartiersbezogener Politik statt politische Lösungen aus der Konserve, die über alle und alles gestülpt wird.

Mobilität ermöglicht neue Blickwinkel, Mobilität schafft ein Gefühl von Freiheit und Selbstbestimmung. Mit dem Fahrrad bzw. Bus, Bahn und anderen öffentlichen Verkehrsmitteln stehen der Kommune und dem Land die Werkzeuge zur Verfügung, um Mobilität unabhängig vom Geldbeutel der jeweiligen Person zu ermöglichen. Eine höhere Taktung und eine Vereinheitlichung der Tarifverbünde sind gerade in ländlichen Gebieten unerlässlich, um die ungleiche Verteilung von Mobilität im Vergleich zu städtischen Gebieten abzuschaffen. Unser Ziel bleibt darüber hinaus die Kostenfreiheit dieser Angebote.

Jugendpolitik und Partizipation

“Diese jungen Leute interessieren sich doch eh nicht für Politik!”, muss man viel zu oft hören. Dabei ist es meistens eher umgekehrt: Die Politik interessiert sich zu wenig für die Interessen und Lebenswelten von jungen Menschen. Für uns ist klar: Politisches Engagement ist keine Frage des Alters. Junge Menschen haben ein Anrecht darauf, ihre Meinung zu sagen und ihre Interessen zu vertreten - so, wie es auch in der UN-Kinderrechtskonvention steht. Wir setzen uns deshalb intensiv für dieses Recht auf Mitsprache ein. Unser vorderstes Ziel ist dabei die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre. Außerdem sollen in allen Landkreisen, Städten und Gemeinden Jugendräte mit eigenem Budget eingesetzt werden. So können die Jugendlichen selbst entscheiden, für welche Projekte Geld investiert werden soll.
Gleichzeitig wollen wir die politische Bildung fördern. Wenn Menschen die Demokratie besser verstehen, können sie sich auch bewusst machen, wo die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten liegen. Zudem ist politische Bildung wichtig, um die Gesellschaft vor Folgen durch Populismus zu schützen.

Jugendliche verbringen häufig einen großen Teil ihrer Zeit in der Schule. Auch hier wollen wir die Mitbestimmungsmöglichkeiten stärken. Das soll zum Beispiel über eine Demokratisierung des Unterrichts geschehen, in dem zum Beispiel Schüler*innen häufiger selbst entscheiden können, welche Lerninhalte sie vertiefen möchten. Die SMVen (Schüler*innen-Mit-Verwaltung) sollen mehr Rechte bekommen, um den Schulalltag wirksam mitgestalten zu können.
Auch an Hochschulen müssen die Mitbestimmungsmöglichkeiten gestärkt werden. Hier fordern wir, dass die Verfasste Studierendenschaft endlich wieder eingeführt wird, damit die Studierenden als größte Gruppe an den Hochschulen die Stimme bekommen, die ihnen zusteht.

Impressum:

Jusos Bayern
Milos Vujovic | Landesgeschäftsführer Jusos Bayern
Oberanger 38 | 80331 München | Tel: 089-23 17 11-37 | Fax: 089-23 17 11- 38
Mail: milos.vujovic@spd.de | Web: jusos-bayern.de

Bildrechte

(S.8) „Ghost“ © Nikki Rodriguez, The Noun Project
(S.12) „Book“ © Phil Goodwin, The Noun Project
(S.6) „Star “ © P.J. Onori, The Noun Project
(Titel) „Flag“ © Rohith M S, The Noun Project
(S.2) „feminism“ © corpus delicti, The Noun Project
(S.10)„world“ © Yu luck, The Noun Project
(S.17) „Tree“ © Shane Herzog, The Noun Project
(S.3) „Work“ © SBTS, The Noun Project
(S.15) „digital“ © BomSymbols, The Noun Project

Netzpolitik

Wir gehören weder zu den technischen Pessimist*innen ganz nach “früher war alles besser” noch zu den bedingungslosen Fortschrittsanhänger*innen á la “Digital first, Bedenken second”, denn: Jeder technische Fortschritt birgt neue Chancen, allerdings muss auch sichergestellt werden, dass die Neuerungen nicht zu einer Aushöhlung der sozialen Errungenschaften und der Rechte Einzelner führt. Für uns gilt: Wir müssen den Fortschritt selbst gestalten! So ermöglicht das Internet eine globale Vernetzung und bringt Menschen näher zusammen, gleichzeitig führt es aber auch dazu, dass Internetkonzerne nicht auf Standorte angewiesen sind und sich so in z.B. Irland Milliardensummen an anderen Staaten vorbei in die eigene Tasche stecken können. Wir müssen sie wieder zur Kasse bitten!

Die Rechte Einzelner müssen auch online gewahrt bleiben. Zensur durch etwa Uploadfilter ist genauso eine Verletzung dessen wie die unzureichende juristische Verfolgung von Hasspostings. Damit keine Zwei-Klassen-Gesellschaft im Netz entsteht, ist die Netzneutralität entscheidend. Genauso muss Datenschutz ein Eckpfeiler einer jeden Plattform werden. Der gewerbliche Handel von Daten ist nicht nur dann fraglich, wenn er über kriminelle Kanäle durch Wahlkampagnen missbraucht wird, wie es etwa bei der Trump-Kampagne 2016 der Fall war. Dass für Plattformen Menschen nunmehr nicht Kund*innen, sondern Produkte sind, die man weiterverkaufen kann, ist eine klare Fehlentwicklung, der es einen Riegel vorzuschieben gilt.

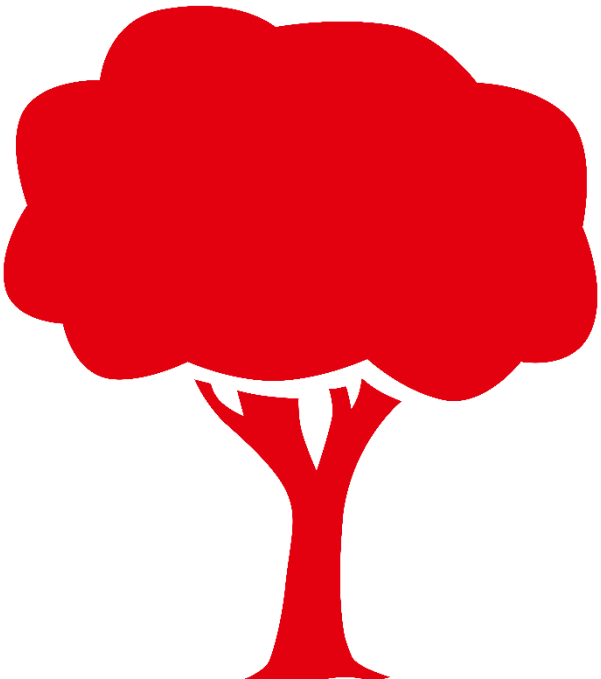
Damit man nicht bald schon wieder den technischen Entwicklungen hinterherhinkt, müssen jetzt schon die Weichen gestellt werden für eine Gesellschaft, in der Künstliche Intelligenzen mehr und mehr Entscheidungen übernehmen. Dabei fordern wir, dass jede Entscheidung eines Algorithmus, zumindest für Expert*innen, nachvollziehbar bleiben muss. Nur so können KIs verhindert werden, die nicht mehr verstanden und kontrolliert werden. Ethische Entscheidungen müssen in Hand von Menschen bleiben. Insbesondere autonome Waffensysteme sind daher abzulehnen.

Umwelt

Die Transformation zu einem demokratischen Sozialismus ist für uns Jusos Bayern sowohl eine soziale Frage, als auch eine ökologische. Die Auswirkungen der Klimakrise sind nicht nur für die Umwelt und Natur spürbar, sondern auch für die Gesellschaft. Während auf der einen Seite Konzerne und ihre Profiteur*inenn stehen, die einen enormen Anteil an der Klimakrise tragen und sich den Folgen wesentlich länger entziehen können, findet man auf der anderen Seite Menschen, deren Lebenssituation sich weiter prekarisiert.
Wir Jusos wollen sowohl die Systematik verändern, in der sich die Klimakrise entwickeln konnte, aber auch mit politischen Mitteln antreten um die Klimakrise einzudämmen. Dazu setzten wir auf eine Politik, die konkrete Mechanismen etabliert um den Emissionsausstoß zu verringern.

Wir wollen die Energieversorgung als zentraler Teil der öffentliche Daseinsvorsorge wieder in gemeinschaftliche Kontrolle überführen – wir wollen Rekommunalisierung und Demokratisierung der Energieversorgung. Die Energiewende begreifen wir als ganzheitliches Projekt, das alle Sektoren von Strom, über Wärme und Verkehr bis hin zur notwendigen Infrastruktur in den Fokus nimmt und zusammen denkt. Wir wollen bezahlbare Energie und Mobilität für alle Menschen. Klassenunterschiede dürfen durch die Energiewende und die Auswirkungen der Klimaveränderungen nicht weiter verschärft werden. Ein wichtiger Schritt für den nötigen Aufbruch in der Energiewende ist der sozialverträgliche Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2030, wenn die Umwelt geschützt und die Klimaziele erreicht werden sollen. Ziel ist, 100 % erneuerbaren Energien zu schaffen und eine treibhausgasneutrale Gesellschaft zu ermöglichen. Bestehende Subventionen in der Kohle- und Atomindustrie müssen als Wachstumsschub zur Förderung regenerativer Energien umgeschichtet werden. Mit einer Bepreisung von Emissionen durch eine CO2 Steuer, setzen wir uns dafür ein, dass sich die Emissionen bis 2040 auf Netto 0 reduzieren. Durch eine direkte Rückzahlung an alle Menschen, die unter dem Medianeinkommen verdienen, und einer gezielten Förderung von umweltverträglichen Maßnahmen stellen wir einen soziale Ausgeglichenheit dar.

Aktuell können viele Menschen mit kleinen Einkommen sich keine „gute Ernährung“, die dazu auch ökologisch nachhaltig ist, leisten. Wir wollen das ändern, in dem wir ökologische und nachhaltige Lebensmittel zum Standard machen. Aufklärung über die Herkunft von Lebensmitteln ist darüber hinaus daher eine wichtige Aufgabe für den Verbraucherschutz. Wir wollen, dass gentechnisch veränderte Lebensmittel, also solche, die unter der Verwendung grüner Gentechnik produziert wurden, sei es das Produkt selbst oder durch Fütterung von Tieren mit genmanipuliertem Futtermittel, gekennzeichnet werden. Mindestanforderungen für Lebensmittel an Qualität, Anbau und Tierhaltung müssen wir neu definieren und kontrollieren. Wir wollen die Abkehr von der industriellen Tierproduktion hin zu einer bäuerlichen Landwirtschaft, die eine artgerechte Tierhaltung unterstützt. Die Vergabe von Agrarsubventionen muss an soziale und ökologische Kriterien gebunden werden, um eine sozial gerechte, bäuerliche, regionale, ökologisch verträgliche und tiergerechte Landwirtschaft zu fördern.

Verkehr

Alternative Antriebstechniken bei allen Verkehrsträgern gezielt voranzutreiben ist für uns ein wichtiger Baustein für einen umweltverträgliche Verkehrswende. Wasserstoffantrieb, Elektromobilität und Andere bieten vielversprechende Lösungsmöglichkeiten. Es müssen die notwendigen Rahmenbedingungen gesetzt werden – politisch, regulatorisch, technisch und wirtschaftlich. Die Umsetzung muss gesamtgesellschaftlich erfolgen und Straße, Schiene, Luft und Wasser betreffen. Gleichzeitig darf der soziale Aspekt beim Thema Mobilität nicht außer Acht gelassen werden. So müssen die Ziele und Maßnahmen sozialverträglich angegangen und umgesetzt werden. Uns ist klar, dass Teilhabe an Mobilität für jede*n möglich sein muss, der Zugang zu Mobilität darf bestehende Ungleichheiten nicht zementieren oder gar verschärfen. Wir sehen deshalb gerade in alternativen Verkehrskonzepten Chancen, die Mobilität sozialer, effizienter und umweltfreundlicher zu gestalten – aber nur, wenn alle Aspekte aufeinander abgestimmt zusammenwirken. Je niedriger das Einkommen, desto eher ist man auf öffentliche Lösungen angewiesen, daher sind Investitionen in einen nachhaltigen ÖPNV immer als Umverteilungsaspekt zu begreifen. Wir wollen weniger Individualverkehr und mehr gemeinschaftliche Angebote schaffen. Wir setzen uns kurzfristig für die Ausweitung von Sozialtickets (Azubi-, Schüler*innen-, Student*innen-, Rentner*innentickets) ein, langfristig verfolgen wir das Ziel eines fahrscheinlosen/kostenlosen ÖPNV. Um vom motorisierten Individualverkehr wegzukommen, der unsere Städte verstopft und die Umwelt belastet, muss der ÖPNV flächendeckend bei guter Qualität gesichert und elektrifiziert werden. Es braucht ein allgemeines Umdenken, das Prinzip „Nutzen statt Besitzen“ sollte unsere Handlungsmaxime sein.